

Ludwig List:
Die AkademikerInnensteuer:
Versuch einer umfassenden Analyse und Anwendungen auf das österreichische
Steuersystem

In meinem Essay beschäftige ich mich als Student der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien im Rahmen meiner Bachelor-Arbeit mit der Idee einer AkademikerInnensteuer. Hierbei geht es weniger um die aktuell diskutierten zwanzig Euro pro Monat, die der kärntner Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) vorschlug, sondern um eine Einkommenssteuer für AbsolventInnen eines Hochschulstudiums.

Gedacht ist an eine solche Steuer mit variablem Steuersatz. Dieser soll vom höchsten Studienabschluss (Bachelor, Master, Doktorat) abhängig sein. Zusätzlich ist an einen Freibetrag gedacht, bis zu welchem keine AkademikerInnensteuer eingehoben werden soll.

Die Idee einer AkademikerInnensteuer ist vereinzelt schon überlegt worden, in Großbritannien etwa die „graduate tax.“

Für den Steuersatz, wurden vereinzelt sehr unterschiedliche Höhen genannt. Während 2010 einige Mitglieder der englischen Regierung einen pauschalen Steuersatz von 5% diskutierten, sprach man in Deutschland von einer differenzierteren Besteuerung (3,6% Besteuerung bei Bachelor-Abschluss, 6% bei Master-Abschluss). Weiters gibt es Debatten darüber, ob etwa die jeweiligen Universitäten oder der Staat Nutznießer dieser Abgaben sein sollen, oder auch wie lange die Abgabe nach Studienabschluss eingehoben werden sollte. Die AkademikerInnensteuer unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten vom unbefriedigenden Studiengebühren-Modell und könnte somit eine Alternative zu diesem darstellen.

Zum einen bevorzugt das Studiengebühr-Modell AbsolventInnen mit höheren Einkommensaussichten. Muss ein/e StudentIn im Laufe des Studiums Kredite aufnehmen um die Gebühren bezahlen zu können, so können AbsolventInnen von Studien mit relativ höherem (Einstiegs-)Gehalt (MINT, VWL,...) diese schneller zurückzahlen. Studierende von Fächern mit geringeren Einkommenserwartungen sind, was die Rückzahlung von Studienkrediten angeht also im Nachteil. Weiters schrecken Studiengebühren Menschen aus Familien mit niedrigen Einkommen tendenziell vom Studium ab.

Eine Verlagerung der Zahlung von fixen Studiengebühren zu einer Einkommenssteuer macht mehrfach Sinn: Erstens berücksichtigt die AkademikerInnensteuer mit ihren flexiblen

Beiträgen JungakademikerInnen und ersetzt die einheitlichen Studiengebühren während des Studiums und starre Rückzahlungsraten danach.

Zweitens werden Menschen aus niedrigeren Einkommenschichten durch das Verschwinden von Studiengebühren ermutigt zu studieren. Der Zugang zum Studium wird also unabhängiger von den finanziellen Möglichkeiten der Studieninteressierten und/bzw. ihrer Eltern.

Drittens werden müssen StudienabsolventInnen keine Abgaben entrichten, sollten sie nach Studienabschluss arbeitslos sein, sich in Teilzeit befinden oder einfach zu wenig verdienen (sei es durch die systematische Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt oder etwa durch niedrige Einstiegsgehälter). Erst mit der Überschreitung des Freibetrags wird das Einkommen wieder steuerpflichtig. Da StudienanfängerInnen ihr zukünftiges Gehalt nicht immer abschätzen können kann die AkademikerInnensteuer also helfen, das individuelle Risiko zu minimieren.

Viertens hätten Studierende stärkere politische Argumentationmöglichkeiten, was die Ausfinanzierung der Universitäten angeht. Eine sofortige und rückwirkend geltende Einkommenssteuer auf HochschulabsolventInnen würde überdies keinen Lagg bei den Steuereinnahmen entstehen lassen.

Fünftens ermöglicht die Idee der AkademikerInnensteuer Studierenden, sich ohne finanziellen Sorgen intensiv mit Fächern mit geringeren Einkommenserwartungen auseinandersetzen zu können. Die private Rendite eines Studiums beträgt in Österreich laut OECD etwa zehn Prozent. Bei einem Studium wie etwa Kultur- und Sozialanthropologie ist ein hohes Gehalt aber eher unwahrscheinlich. Hier greift der Freibetrag ein.

Sechstens stellt die AkademikerInnensteuer – und immerhin ist dies ja das Thema des diesjährigen Momentum-Kongresses – einen Mechanismus dar, AkademikerInnen unter Berücksichtigung wenigverdienender AbsolventInnen einen Teil ihrer Ausbildungskosten zurückzahlen zu lassen.

Im Rahmen meines Vortrages werde ich mich genauer mit der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der AkademikerInnensteuer und ihrer Funktionsweise auseinandersetzen und mithilfe internationaler Vergleiche versuchen, mögliche für das österreichische Steuersystem relevante Varianten zu erarbeiten.